

Altona.

Die Kommission zur Reform
der Steuer-, Bau- und Wohnungspolitik

hielt in der letzten Woche eine Sitzung ab, in der sie sich mit der Frage der Regelung der Mieterunterstützung an Kriegsteilnehmerfamilien beschäftigte. Veranlassung gab der in Grundbesitzer-Kreisen lebhaft hervorgetretene Wunsch, den bisherigen Satz von 66 $\frac{1}{2}$ Prozent zu erhöhen und den als Gegenleistung der Grundeigentümer verlangten Verzicht auf die Restmiete fallen zu lassen.

Die Mehrheit der Kommission sprach sich für eine Beibehaltung des Verzichts aus. Dagegen einigte man sich außerdem auf eine Herabsetzung der Mieterunterstützung von 66 $\frac{1}{2}$ auf 75 Prozent. Der Höchstsatz der Mieterunterstützung wurde von 20 Mark auf 32,50 Mark für den Monat erhöht.

Zu lebhaften Erörterungen gab der zweite Punkt der Tagesordnung betr. Maßnahmen zur Linderung der Hypothekennot Veranlassung. Allseitig wurde anerkannt, daß die Gründung eines Geldinstituts zur Beschaffung zweiter Hypotheken auf städtischer Grundlage zurzeit nicht in die Wege geleitet werden könne. Man hielt allgemein auch die gesetzlich zum Schutze des Grundbesitzes getroffenen Maßnahmen für ausreichend, um Hypotheken-Kündigungen im weiten Umfange zu verhindern. Für wichtiger hielt die Kommission die Schaffung einer Stelle, die den notleidenden Grundbesitzern Darlehne zur Bestreitung von Zinsen und Lasten des Grundstückes gewähren könne. Schwierigkeiten bereitet hier die Sicherstellung dieser Vorschüsse. Von der Gründung eines besonderen Not-Hypotheken-Amtes, wie es seitens des Zentral-Ausschusses der kommunalen Vereine und dem Schutzverband des gewerblichen Grundbesitzes vorgeschlagen war, wurde abgesehen. Die städtische Spar- und Leihkasse soll vielmehr für diese Zwecke nutzbar gemacht werden. Bei der Darlehensgewährung wird im allgemeinen nach den Grundsätzen der städtischen Spar- und Leihkasse verfahren werden, jedoch unter Milde rung der an die Sicherheit zu stellenden Ansprüche.

Die Organisation der städtischen Spar- und Leihkasse soll fernerhin auch für solche Einzelfälle ausgebaut werden, in denen die Beschaffung einer normalen Hypothek infolge der Kriegslage unmöglich wird. Die Administration der städtischen Spar- und Leihkasse soll aufgefordert werden, nähere Vorschläge über die zu treffende Einrichtung zu machen. An der Sitzung nahmen Vertreter des städtischen Grundbesitzes teil.